



Meravis-Mitarbeiter bauten für die Kinder der inklusiven Kita Corvinus in Stöcken ein Spielhaus.

Niedersachsen

meravis engagiert sich

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Mit diesen Worten von Erich Kästner starteten am 13. Juni die Mitarbeiter des Wohnungsbaunternehmens meravis in ihren „Social Day“. Der Arbeitsalltag wurde für einen Tag hinter sich gelassen. Stattdessen wurden soziale Einrichtungen tatkräftig unterstützt.

Die meravis-Mitarbeiter halfen in Kindertagesstätten, in einem Seniorenwohnstift, in einer inklusiven Schule und auf einem Kinderbauernhof. Geschäftsführer Matthias Herter freute sich über den regen Zuspruch: „Sensibel für die Bedürfnisse unserer Mitmenschen zu bleiben, das soll unsere Aktion fördern. Der Kontakt zu Kindern, Senioren und Menschen mit Behinderung steht im Büroalltag nicht unbedingt im Mittelpunkt. Ich bin überwältigt vom Engagement der Mitarbeiter, Projekte auch in Eigeninitiative zu organisieren.“ Mit dem SoVD als Gesellschafter ist das „sich kümmern“ bereits in der Firmenphilosophie von meravis verankert, es stärkt jedoch auch das Wir-Gefühl innerhalb der Belegschaft. Mit roten meravis-Shirts als Helfer-Gruppe erkennbar, machten sich die Mitarbeiter ans Unkraut-Jäten, strichen einen Zaun oder bauten ein Holzhaus im Kindergarten. In einem Seniorenwohnstift wurde ein Ausflug mit vielen Heimbewohnern möglich, denn oft mangelt es dort an Personal zum Schieben aller Rollstuhlfahrer. Auch Sozialministerin Aygul Özkan war diese Aktion einen Besuch wert. Gegenüber dem Heimleiter des Pflegewohnstifts Davenstedt Klaus Janitschek und meravis-Geschäftsführer Matthias Herter drückte sie ihre Begeisterung aus.

Die meravis Wohnungsbau- und Immobilien GmbH ist mit ihren Geschäftsfeldern Bestandsmanagement, Immobilienverwaltung sowie Entwicklung und Verkauf im norddeutschen Raum tätig. Zurzeit werden rund 13 000 eigene und 2000 fremde Wohn- und Gewerbeeinheiten betreut. Gesellschafter des 1949 gegründeten Unternehmens ist der Sozialverband Deutschland.



Begeistert: Sozialministerin Aygul Özkan (Mitte), hier mit Klaus Janitschek, Leiter des Pflegewohnstifts Davenstedt (li.), und meravis-Geschäftsführer Matthias Herter (re.)



Raus aus dem Bürosessel: Unterstützt durch viele kleine Helfer, befreiten die meravis-Mitarbeiter die Außenanlagen der Gebrüder-Körting-Schule, Badenstedt von Unkraut.



Schleswig-Holstein

Altersarmut bekämpfen

Immer mehr Menschen sind im Alter von Armut bedroht. Besonders gefährdet sind Frauen, Niedriglohnbeschäftigte, 400-Euro-Jobber, Langzeitarbeitslose, Erwerbsgeminderte und viele Selbstständige, die wegen ihrer sozialversicherungsfreien Tätigkeit erhebliche Versicherungslücken haben. Das von SoVD, AWO und DGB Nord gegründete Soziale Bündnis für Schleswig-Holstein will mit der Kampagne „Altersarmut bekämpfen – heute die Weichen für morgen stellen“ auf diesen Missstand aufmerksam machen und mit der Politik und anderen gesellschaftlich relevanten Organisationen nach Lösungswegen suchen.

15 670 Menschen über 65 können in Schleswig-Holstein nicht von ihrer Rente leben und erhalten Geld vom Staat, die Grundsicherung im Alter. Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl im kommenden Jahrzehnt stark steigt. Dann wird bundesweit nicht mehr wie jetzt jeder 40. Rentner betroffen sein, sondern jeder siebte. „Wir müssen uns über zielgerichtete Maßnahmen verständigen, ansonsten werden die Menschen um ihre Lebensleistung gebracht, und wir stehen schon in ein paar Jahren vor einem sozialpolitischen Scherbenhaufen“, warnen die drei Landesvorsitzenden der beteiligten Verbände, Sven Picker (SoVD),

Wolfgang Baasch (AWO) und Uwe Polkaehn (DGB), beim Kampagnenauftritt in Kiel.

Hauptreferent war Prof. Dr. Ernst Kistler, Leiter des Internationalen Instituts für empirische Sozialökonomie und Autor des Buches „Die Methusalem-Lüge“. Anhand statistischer Daten zeigte er, dass der demografische Wandel – entgegen der von Politik und Wirtschaft seit Jahren vertretenen These – nicht zu Lohn- und Rentenkürzungen sowie zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit führen müsse. Stattdessen solle sich die Politik bemühen, die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich aufzuhalten: „Die Ungleichheit in unserem Land

bedroht die soziale Marktwirtschaft und die Stabilität unseres Gemeinwesens“, so Kistler.

Bei der anschließenden Diskussion, in die Moderatorin Heike Stüben das engagierte Publikum mit einbezog, sprachen sich Baasch, Polkaehn, Picker und Kistler für Mindestlöhne und eine stärkere Tarifbindung von Löhnen aus. Darüber hinaus forderten sie eine Mindestrente für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, die deutlich über dem Niveau der Grundsicherung liegen sollte, sowie langfristig den Umbau der Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen.



Moderatorin Heike Stüben kümmerte sich um Wortmeldungen aus dem Publikum.



Die Diskussionsteilnehmer auf dem Podium waren (v. li.): Sven Picker, Uwe Polkaehn, Michael Thomas Fröhlich, Wolfgang Baasch und Prof. Dr. Ernst Kistler.



Rheinland-Pfalz / Saarland

Gemeinsame Resolution

Bei einer gemeinsamen Sitzung der Landesbehindertenbeiräte des Saarlands und von Rheinland-Pfalz im Jugenddorf-Berufsbildungswerk CJD-Homburg/Saar bekräftigten diese die Forderung nach einer konsequenten Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Für behinderte Menschen müssten die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass diese gleichberechtigt mitten in der Gesellschaft leben können und die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Das Gremium verabschiedete eine entsprechende Resolution zu dieser auch vom SoVD mit großem Engagement voran getriebenen Forderung.

Wolfgang Gütlein (Landesbehindertenbeauftragte des Saarlandes) und Ottmar Mi-

les-Paul (Landesbehindertenbeauftragte von Rheinland-Pfalz), die zu dem Treffen eingeladen hatten, betonten die gute Zusammenarbeit der beiden Beiräte, die bereits Tradition hat. Sie biete die Chance, alle zwei Jahre einen wechselseitigen Austausch über vergleichbare Problemlagen und ihre Lösungsmöglichkeiten zu gestalten und daraus zu lernen.

„Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat bereits im März 2010 einen Aktions-

plan mit 200 konkreten Maßnahmen für die Umsetzung der UN-Konvention verabschiedet, so dass wir bereits Erfahrungen sammeln und einige Erfolge verzeichnen können. Für Herbst 2013 ist die Verabschiedung eines weiterentwickelten Aktionsplans geplant“, erklärte Ottmar Miles-Paul. „Wichtig ist, dass die Landesbehindertenbeiräte und -beauftragten bei der Entwicklung, Durchführung und Auswertung der Aktionspläne beteiligt sind.“